

Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung

Torsten Oppelland

1. Die Ausgangslage

In der Wahlperiode von 2009 bis 2014 wurde Thüringen von einer CDU-SPD-Koalition regiert. Schon 2009 war nach der Wahlniederlage der CDU eine Mehrheitsbildung ohne die SPD nicht möglich gewesen¹, die allerdings über die Bündnisfrage seit Jahren tief zerstritten war.² In einem – wie sich 2014 unter veränderten Umständen zeigen sollte – nicht wiederholbaren politischen Kraftakt konnte der SPD-Landesvorsitzende *Christoph Matschie* damals Koalitionsverhandlungen mit der CDU in seiner Partei erst durchsetzen, als ein Klärungsprozess bei der CDU ergeben hatte, dass nicht mehr *Dieter Althaus*, sondern *Christine Lieberknecht* die CDU-Kandidatin für die Position des Ministerpräsidenten sein würde³, und als Sondierungsgespräche mit der Linken und den Grünen gescheitert waren.

Trotz der schwierigen Startbedingungen hatte die Große Koalition landespolitisch einiges vorzuweisen. So gelang es beispielsweise, nachdem in den ersten noch von der Krise geprägten Jahren die Neuverschuldung angestiegen war, seit 2011 wieder ausgeglichene Haushalte vorzulegen; die Arbeitslosenquote in Thüringen sank von 10,1 Prozent im Oktober 2009 auf 7,2 Prozent im September 2013⁴, was gewiss nicht nur dem Landesarbeitsmarktprogramm und der erfolgreichen Investitionsförderung zu verdanken war, aber beides hat die Entwicklung unterstützt. Die schon mehrfach gescheiterte beziehungsweise vertagte Organisationsreform der Polizei, die die Verwaltung reduzieren und mehr Beamte in den Streifendienst auf die Straßen bringen sollte, wurde 2011 verabschiedet. 2014, im Jahr der Landtagswahl, gelang es den Koalitionsparteien, sich auf eine Reform des Verfassungsschutzes zu einigen, die nötig geworden war, nachdem zwei Untersuchungsausschüsse des Landtages skandalöse Versäumnisse und Fehler des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit dem „Nationalsozialistischen Untergrund“, der Ende der 1990er in Thüringen entstanden war, aufgedeckt hatten.⁵

- 1 Vgl. *Heiko Gothe*, Die thüringische Landtagswahl vom 30. August 2009: Desaster für die Althaus-CDU mündet in schwarz-rot-em Bündnis, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 304 – 322.
- 2 Die Koalitionsfrage hat in der SPD Thüringens seit Mitte der 1990er Jahre immer wieder Konflikte ausgelöst, vgl. *Matthias Bettenhäuser / Sebastian Lasch*, Die SPD, in: *Karl Schmitt / Torsten Oppelland* (Hrsg.), Parteien in Thüringen. Ein Handbuch, Düsseldorf 2008, S. 139 – 221, S. 158 ff.
- 3 Vgl. zur Person und den Umständen der Nominierung *Lieberknechts Martin Debes*, Christine Lieberknecht. Von der Mitläuferin zur Ministerpräsidentin. Eine politische Biografie, Essen 2014, S. 171 ff.
- 4 Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik, Statistischer Bericht. Arbeitsmarktdaten Thüringens Januar 2009 bis Juni 2010, Erfurt 2010, S. 14; dass., Statistischer Bericht. Arbeitsmarktdaten Thüringens Januar 2013 bis Juni 2014, Erfurt 2014, S. 13.
- 5 Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses 5/1 „NSU-Ausschuss“ vom 7. März 2013, LT-Drs. 5/5810 sowie Bericht des Untersuchungsausschusses 5/2 „V-Leute gegen Abgeordnete“ vom 11. Juli 2014, LT-Drs. 5/8024.

Zur Mitte der Wahlperiode gestalteten sich die Umfragewerte für die Koalitionsparteien günstig: Die CDU hatte sich gegenüber dem Wahlergebnis von 2009 auf 35 Prozent gesteigert, die SPD lag mit 24 Prozent sogar erstmals seit langem vor der Linken, und eine deutliche Mehrheit der Befragten sprach sich für eine Fortsetzung der schwarz-roten Koalition aus.⁶ Doch danach wurden die Umstände für das gemeinsame Regieren von Union und SPD schwieriger. Das lag zum einen daran, dass die Haushaltsverhandlungen zwischen dem im Dezember 2010 zum neuen Finanzminister berufenen *Wolfgang Voß* und den sozialdemokratischen Ministern über die Etatansätze angesichts der Sparziele zäher wurden. Zum anderen setzte sich bei der SPD der Eindruck fest, die Regierungsarbeit würde unter gewissen CDU-internen Konflikten leiden. Tatsächlich war der Vorsitzende der Unionsfraktion, *Mike Mohring*, erkennbar darum bemüht, angesichts der Zugeständnisse bei den Koalitionsverhandlungen das konservative Profil der Union zu schärfen und die Unterschiede zwischen den Koalitionspartnern sichtbar zu machen.⁷

Noch mehr als durch das sich verschlechternde Klima in der Großen Koalition wurde deren öffentliches Ansehen durch eine Serie von personellen Fehlgriffen und „Skandalen“ beschädigt, die 2013 mit der Versetzung des den Rang eines Staatssekretärs bekleidenden Regierungssprechers *Peter Zimmermann* in den einstweiligen Ruhestand begann.⁸ Die SPD hatte mit einer Affäre ähnlicher Art zu kämpfen: Auch SPD-Wirtschaftsminister *Matthias Machnig* hatte über Jahre doppelte Bezüge – neben dem thüringischen Ministergehalt auch noch eine Pension aus seiner Tätigkeit als Staatssekretär im Bundesumweltministerium – erhalten.⁹ Dies ließ ihn faktisch aus dem Kampf um die Spitzenkandidatur der SPD ausscheiden.

Dass jetzt auch die SPD durch eine Affäre belastet war, nützte der CDU vor allem deshalb wenig, weil sie erneut durch eine Personalentscheidung der Ministerpräsidentin in ein schiefes Licht geriet. Denn im Zuge der *Zimmermann*-Affäre entließ *Christine Lieberknecht* die Chefin der Staatskanzlei, *Marion Walsmann*, Presseberichten zufolge, weil diese dafür verantwortlich gewesen sei, dass Details der Affäre an die Öffentlichkeit gelangt waren.¹⁰ Als Nachfolger berief sie im September 2013 *Jürgen Gnauck*, der bereits von 1999 bis 2003 unter *Bernhard Vogel* die Staatskanzlei geleitet hatte, jetzt aber einen Zivilrechtsstreit um

6 Vgl. *Matthias Thüsing*, Zur Halbzeit profitierten beide Regierungsparteien von der großen Koalition, in: Ostthüringer Zeitung vom 19. Mai 2012, S. 3 (auf der Grundlage einer von Infratest dimap im Auftrag des MDR durchgeführten Umfrage).

7 Vgl. etwa den Sammelband zu einer Vortragsreihe der CDU-Landtagsfraktion: *Mike Mohring* (Hrsg.), Was heißt heute konservativ? Freiheit, Verantwortung, Ordnung. Bausteine für einen modernen Konservatismus, Jena 2010.

8 Hintergrund war, dass der 37-Jährige zu jenem Zeitpunkt bereits ein Angebot für einen Wechsel in die Privatwirtschaft hatte, aber trotzdem für viele Jahre eine Pension beziehen würde. In diesem Zusammenhang erstattete die Opposition Anzeige gegen die Ministerpräsidentin wegen Untreue zulasten des Freistaats Thüringen, was zu sich bis ins Wahljahr hinziehenden staatsanwaltlichen Ermittlungen und der Aufhebung der Immunität von *Christine Lieberknecht* führte, vgl. Pensionsaffäre in Thüringen: Staatsanwaltschaft stellt Verfahren gegen Lieberknecht ein, in: Spiegel online vom 3. Februar 2014, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-verfahren-gegen-christine-lieberknecht-cdu-eingestellt-a-950877.html> (Abruf am 10. Februar 2014).

9 Vgl. Staatsanwaltschaft beendet Ermittlungen gegen Machnig, in: MDR Nachrichten vom 18. März 2014, http://www.mdr.de/nachrichten/machnig_ermittlungsverfahren_eingestellt100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html (Abruf vom 4. April 2014).

10 Vgl. *Martin Debes*, a.a.O. (Fn. 3), S. 232 f.

Beihilfeansprüche mit der Behörde führte, die er nun leiten sollte. Die öffentliche Reaktion darauf und auf einige andere Dinge führte dazu, dass *Gnauck* gut acht Monate nach seiner Ernennung unmittelbar vor dem Landtagswahlkampf zurücktrat und die Position des Chefs der Staatskanzlei bis zum Regierungswechsel unbesetzt blieb.¹¹

Obwohl diese Dinge jeweils für sich genommen kaum mehr als Petitesse waren, beeinträchtigten sie in ihrer Häufung doch das öffentliche Bild der Landesregierung, der Ministerpräsidentin und der Koalitionsparteien. Insofern ist auch die Diskrepanz zwischen der hohen Zufriedenheit der thüringischen Bevölkerung mit der allgemeinen und der persönlichen Wirtschaftslage, die ansonsten wohl der Regierung zugutegekommen wäre, und der Zufriedenheit mit der Regierung zu verstehen: In der Vorwählerhebung von Infratest dimap zeigten sich lediglich 46 Prozent der Befragten mit der Regierung zufrieden oder sehr zufrieden, während 51 Prozent mehr oder weniger unzufrieden waren.¹²

2. Der Wahlkampf

Der Vorwahlkampf für die thüringische Landtagswahl begann mit der Bundestagswahl vom 22. September 2013, deren Ergebnis überhaupt erst eine gewisse Klarheit über die relevanten Wettbewerber schuf. Insbesondere die mageren 2,6 Prozent für die FDP zeigten¹³, dass der Landesverband, der erst seit 2009 wieder im Landtag vertreten war, in hohem Maße vom Bundestrend gegen die FDP betroffen war. Dass sich die Partei innerhalb eines Jahres davon würde erholen können, schien bereits zu diesem Zeitpunkt mehr als unwahrscheinlich. Aber auch die Situation von Bündnis 90/Die Grünen, die ebenfalls 2009 zum ersten Mal seit 1994 die Fünf-Prozent-Klausel überwunden hatten, war prekär; die Partei hatte bei der Bundestagswahl in Thüringen exakt 5,0 Prozent erreicht und lag insofern ebenfalls deutlich unter dem Bundesergebnis. Dagegen war mit der AfD ein neuer Wettbewerber aufgetaucht, der in Thüringen mit 6,2 Prozent überdurchschnittlich gut abgeschnitten hatte und von dem zu erwarten war, dass er bei der Landtagswahl eine Rolle spielen könnte, die für die Koalitionsarithmetik von Bedeutung sein würde.

Für die drei großen Parteien brachte die Bundestagswahl ebenfalls Aufschlüsse: Die CDU war der große Wahlsieger auch in Thüringen; mit 38,8 Prozent lag sie zwar leicht unter dem Bundesergebnis, aber dafür hatte sie einen Vorsprung von über fünfzehn Prozentpunkten vor dem nächsten thüringischen Konkurrenten. Allerdings war schwer einzuschätzen, was dieser Sieg für die Landtagswahl wert war, wie weit er auch in Thüringen auf die Wirkung der CDU-Kanzlerin zurückzuführen war.¹⁴ Die Linke hatte zwar gegenüber der letzten Wahl von 2009 deutliche Verluste erlitten, sich aber angesichts der Krise, die die

¹¹ Vgl. *Claus Peter Müller*, Westimport mit schlechtem Image, in: FAZ vom 1. Juli 2014, S. 3.

¹² Mehr als Zweidrittel der befragten Thüringer bewerteten die wirtschaftliche Gesamtlage und sogar 71 Prozent die eigene wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut, vgl. Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl Thüringen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 14. September 2014, Berlin 2014, S. 22 f., S. 27.

¹³ Alle Angaben nach Thüringer Landeswahlleiter, http://www.wahlen.thueringen.de/wahlseite.asp?aktiv=BW01&startbei=bundestagswahlen/BW_wahlergebnisse.asp (Abruf am 23. Januar 2015).

¹⁴ Vgl. *Matthias Jung* / *Yvonne Schroth* / *Andrea Wolf*, Angela Merkels Sieg in der Mitte, in: APuZ, 63. Jg. (2013), H. 48/49, S. 9 – 20.

Bundespartei in den Jahren zwischen 2010 und 2012 durchgemacht hatte¹⁵, insofern stabilisiert, als sie mit 23,4 Prozent deutlich über der symbolisch wichtigen Zwanzigprozentmarke und zugleich klar vor der SPD rangierte; diese hatte ihrerseits mit 16,1 Prozent anderthalb Punkte gegenüber der letzten Bundestagswahl verloren und lag unter dem Bundesergebnis der Partei. Die noch zur Mitte der thüringischen Wahlperiode in der SPD aufkeimende Hoffnung, Die Linke endlich wieder einmal überholen zu können, hatte keinerlei Realitätsgehalt mehr.

Ein auf die Bundestagswahl folgender Beschluss des SPD-Bundesparteitags vom November 2013 entfaltete Signalwirkung für Thüringen. Um den linken Parteiflügel zu besänftigen, wurde ein Leitantrag beschlossen, für 2017 eine Koalition mit der Partei Die Linke nicht mehr explizit auszuschließen.¹⁶ Nur wenige Tag später verkündete der thüringische SPD-Landesvorsitzende *Christoph Matschie*, dass die SPD ohne Koalitionsaussage in den Landtagswahlkampf ziehen werde und dass man dieses Mal nicht mehr ausschließe, gegebenenfalls in eine Koalition unter einem linken Ministerpräsidenten einzutreten.¹⁷ Auch wenn dies noch keine Vorentscheidung für eine Linkskoalition sein sollte, erkannte die SPD damit die faktischen Kräfteverhältnisse in Thüringen an. Anfang Januar 2014 nominierte der SPD-Landesvorstand die stellvertretende Landesvorsitzende und Sozialministerin *Heike Taubert* zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl. *Matschie* hatte offensichtlich eingesehen, dass er – auch ohne den vormaligen Hauptkonkurrenten *Machnig* – nicht über den nötigen innerparteilichen Rückhalt für eine dritte Spitzenkandidatur verfügte. Das von *Taubert* vorgegebene Wahlziel „25 Prozent plus X“, das sie mit dem Ziel verband, Ministerpräsidentin zu werden¹⁸, entsprach zwar dem Selbstverständnis als Volkspartei, war aber für eine Partei, die bei der Bundestagswahl mit gut 16 Prozent erneut nur die drittstärkste Kraft im Land gewesen war, wenig glaubwürdig. Die Diskrepanz zwischen der Koalitionsaussage, unter Umständen auch einen linken Ministerpräsidenten zu wählen, und dem eigenen Anspruch auf die Führungsposition belastete von Anfang an die Kohärenz des SPD-Wahlkampfs.

Bei den anderen Parteien waren die Führungs- und Koalitionsfragen wesentlich leichter zu entscheiden. Dass Ministerpräsidentin *Lieberknecht* die CDU in den Wahlkampf führen würde, stand außer Frage. Über ein Bündnis mit der FDP wurde kaum mehr geredet, aber die CDU war bereit, die Koalition mit den Sozialdemokraten fortzusetzen, und auch Schwarz-Grün nach hessischem Vorbild wurde für möglich gehalten. Lediglich eine Koalition mit der AfD wurde von der Ministerpräsidentin, einem Beschluss des CDU-Bundesvorstands folgend, in der heißen Phase des Wahlkampfs explizit ausgeschlossen.¹⁹

15 Vgl. *Torsten Oppelland* / *Hendrik Träger*, Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden 2014, S. 82 ff.

16 Vgl. *Peter Carstens*, SPD-Führung wirbt für Bündnis mit Union und öffnet sich nach links, in: FAZ vom 15. November 2013, S. 1.

17 Vgl. *Claus Peter Müller*, Thüringer SPD schließt Bündnis unter der Führung der Linkspartei nicht aus, in: FAZ vom 18. November 2013, S. 4.

18 Vgl. *Martin Debes*, SPD: Taubert setzt sich als Wahlziel 25 Prozent plus X, in: Ostthüringer Zeitung vom 8. Januar 2014.

19 Vgl. *Wolfgang Schütze*, Lieberknecht bekräftigt Nein zur AfD, in: Ostthüringer Zeitung vom 2. September 2014, S. 1; Anlass für die Klarstellung war ein Interview *Mohrings*, in dem er die Strategie der sächsischen CDU, eine Koalition mit der AfD nicht explizit auszuschließen, positiv einschätzte; vgl. *Matthias Meisner*, Thüringer CDU-Fraktionschef offen für Bündnisse mit AfD,

Bei der Linken war von vornherein klar, dass der Fraktionsvorsitzende im Landtag, *Bodo Ramelow*, eine weitere Chance erhalten würde, Ministerpräsident einer Koalition mit der SPD und gegebenenfalls auch mit den Grünen zu werden. Schon frühzeitig entschied man sich, einen hoch personalisierten Wahlkampf auf die Frage zuzuspitzen, ob „Thüringen künftig von einem CDU- oder einem Linken (sic) Ministerpräsidenten regiert“²⁰ werde.

Die Grünen schlossen auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz im November 2013, auf der die Landtagsfraktionsvorsitzende *Anja Siegesmund* auf den ersten Listenplatz gewählt wurde, eine solche Koalition ebenso wenig aus wie eine schwarz-grüne Option. Man zeigte den Willen, Regierungs- und Gestaltungsverantwortung zu übernehmen, und die Bereitschaft, dafür „mit allen demokratischen Parteien im Land“ zu sprechen, setzte dabei aber auf grüne Eigenständigkeit.²¹ Die scharfe Kritik am „Werteverfall“ bei den Regierungsparteien, gemeint waren die verschiedenen Affären der schwarz-roten Koalition, war jedoch ebenso deutlich akzentuiert wie das Streben nach einem Politikwechsel für Thüringen.

Die AfD war Anfang 2014 noch nicht einmal so weit, sich über Koalitionsfragen streiten zu können. Zwar gelang es, auf einem Landesparteitag am 1. Februar 2014 einen Spitzenkandidaten zu wählen, den nordthüringischen Kreisvorsitzenden und einen von drei Landessprechern, *Björn Höcke*, doch darüber hinaus war die Partei in einen anscheinend heillosen Führungsstreit verstrickt.²² Erst Mitte Juni 2014 gelang es *Bernd Lucke*, einem von drei Bundessprechern der Partei, bei einem Landesparteitag die Leitung zu übernehmen, die Wahl von zwei neuen Landessprechern – darunter *Höcke* – zu organisieren und so den Landesverband zu befrieden.²³

Eine „heiße Phase“ schloss sich an diesen Vorwahlkampf genau genommen nicht an, denn der Landtagswahlkampf verlief – angesichts der Tatsache, dass ein Regierungswechsel durchaus als möglich erschien – erstaunlich ruhig. Das hatte auch mit der Persönlichkeit der Spitzenkandidatinnen von CDU und SPD zu tun, die beide nicht zu einer polarisierten Auseinandersetzung neigten. Oberflächlich betrachtet ähnelten sich die Wahlkampagnen der beiden Regierungsparteien stark, was offenkundig auch der Tatsache geschuldet war, dass beide mit äußerlich ähnlichen Spitzenkandidatinnen in den Wahlkampf zogen. Die SPD war aber aufgrund der offenen Koalitionsaussage weder in der Lage, einen Bilanzwahl-

in: Der Tagesspiegel online vom 31. August 2014, <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-der-wahl-in-sachsen-thueringer-cdu-fraktionschef-offen-fuer-buendnisse-mit-afd/10635404.html> (Abruf am 1. September 2014). Die AfD reagierte darauf, indem sie ihrerseits eine Koalition mit der CDU unter *Lieberknecht* ausschloss, vgl. *Stephan Brandner*, AfD: Mit uns keine Lieberknecht-Wiederwahl, Homepage der AfD Thüringen, 2. September 2014, <http://afd-thueringen.de/2014/09/afd-mit-uns-keine-lieberknecht-wiederwahl/> (Abruf am 5. September 2014).

20 Beschluss des 4. Landesparteitages, 2. Tagung, Die Linke. Thüringen, 22. März 2014 in Sömmerda, S. 5, http://www.die-linke-thueringen.de/fileadmin/LV_Thueringen/dokumente/parteitag/Wahlstrategie.pdf (Abruf am 23. Januar 2015).

21 Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen Thüringen, 29./30. November 2013 in Erfurt, <http://gruene-thueringen.de/partei/gremien/29-30112013-ldk-erfurt/eigenst%C3%A4ndig-konzeptstark-gr%C3%BCn-th%C3%BCr-2014-sozial-%C3%B6kologi-0> (Abruf am 23. Januar 2015).

22 Vgl. Machtkämpfe in der Thüringer AfD – Spitzenkandidat gewählt, in: Thüringer Allgemeine online vom 2. Februar 2014, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Machtkampfe-in-der-Thueringer-AfD-Spitzenkandidat-gewaeht-2018135282> (Abruf am 4. April 2014); Ex-Landrat Rydzewski verlässt die AfD, in: Ostthüringer Zeitung vom 4. April 2014.

23 Vgl. *Claus Peter Müller*, Im Dreck des Stalles, in: FAZ vom 16. Juni 2014, S. 4.

kampf zu machen und sich auf die Leistungen ihrer Minister zu konzentrieren, noch konnte sie ganz auf Angriff setzen, so dass der Wahlkampf zwischen Personen- und Themenkampagne unscharf blieb. Die CDU dagegen setzte neben der Person der Ministerpräsidentin einerseits auf die Regierungsbilanz, mit der sie vom hohen Maß an wirtschaftlicher Zufriedenheit profitieren wollte, und andererseits auf die Abgrenzung von den Zielen einer möglichen rot-roten Regierung.²⁴

Bodo Ramelow, der im Landtag seine rhetorischen Qualitäten mehr als einmal bewiesen hatte, bestritt zwar, ein „Kreidefresser“ zu sein, aber es war doch unverkennbar, dass er sich in seinen Interviews und Reden um einen sachlichen Ton bemühte, seine möglichen zukünftigen Koalitionspartner lobte, sogar gegen Kritik aus der Union verteidigte und dass es ihm vor allem darum ging, seine Regierungsfähigkeit zu demonstrieren.²⁵ Die Linke verband Themen- und Personenwahlkampf, indem sie ausschließlich Plakate klebte, auf denen *Bodo Ramelow* und jeweils ein thematisches Schlagwort („Wirtschaft“, „Solidarität“, „Sicherheit“, „Frauen“, „Bildung“) sowie ein kurzer Text abgebildet war. Bezeichnend für die Wahlkampfstrategie der Linken war der Titel des Wahlprogramms: „Wann wenn nicht jetzt. Thüringen sozial regieren“²⁶.

Am meisten Aufsehen erregte anfangs das Wahlkampfmotto der FDP „Wir sind dann mal weg!“, das auf den Plakaten mit Ergänzungen versehen wurde wie „Genau wie der Mittelstand“ (oder „...die Schulnoten“/„...die Landärzte“). Damit reagierte die Partei offensiv auf die schwierige Ausgangslage und versuchte die Wähler darauf aufmerksam zu machen, was mit der FDP von der politischen Bildfläche verschwinden würde.²⁷ Die Grünen konzentrierten sich auf ihre Kernthemen Umwelt und Naturschutz, ökologische Landwirtschaft, Energiewende und – auf der Landesebene unvermeidbar – Bildung. Daneben warben sie in geschickter Weise um die Stimmen von zwei spezifischen Klientelgruppen, indem sie sich für die unter dem Haftpflichtproblem leidenden freiberuflichen Hebammen und für höhere staatliche Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft einsetzten. Zudem wurde von Anfang an auf allen Plakaten explizit um die Zweitstimme geworben, um den Wiedereinzug in den Landtag zu sichern.²⁸

Die 2013 als Euro-kritische Partei gegründete AfD zog mit einem dezidiert landespolitischen Programm in den Wahlkampf, in dem insbesondere das Thema Familienpolitik einen großen Stellenwert einnahm. Die AfD trat für eine Erhöhung des Landeserziehungsgelds ein, das außer der CDU alle anderen Parteien abschaffen wollten, und verband dies mit dem Modell der „Drei-Kind-Familie“ und der Ablehnung der „Gender-Ideologie“.²⁹ Dane-

24 Vgl. CDU Landesverband Thüringen, *Unsere Thüringen-Bilanz 2009-2014*, Broschüre, Erfurt 2014; ders., *Zukunft für Thüringen*. CDU statt Rot-Rot, Broschüre, Erfurt 2014.

25 Beispielhaft das Interview, aus dem auch das Zitat stammt: Ramelow: „Das Ansehen der Demokratie hat unter Lieberknecht Schaden genommen“, in: *Ostthüringer Zeitung* vom 11. Juli 2014.

26 Programm der Partei Die Linke Thüringen zur Landtagswahl 2014, Beschluss des 4. Landesparteitages 2. Tagung am 22. März 2014 in Sömmerda, http://www.die-linke-thueringen.de/fileadmin/LV_Thueringen/dokumente/ltw_2014/LinkeTHU_LTW_Langwahlprogramm_web.pdf (Abruf am 24. August 2014).

27 Vgl. *Jens Voigt*, Barmen um den politischen Artenschutz, in: *Ostthüringer Zeitung* vom 15. Juli 2014.

28 Vgl. *Volkhard Paczulla*, Von Ökohof bis Himmels Geschenk, in: *Ostthüringer Zeitung* vom 15. Juli 2014.

29 Wahlprogramm der Alternative für Deutschland in Thüringen zur Landtagswahl am 14. September 2014, http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf (Abruf am 7. September 2014), S. 6 f.

ben bediente die Partei mit Forderungen nach einer Verkleinerung des Landtages, der Stärkung direktdemokratischer Beteiligungsrechte und der Absenkung der Sperrklausel auf drei Prozent ihr Image als Protestpartei gegen die etablierten Parteien.³⁰ Mit der Ablehnung von Sozialmissbrauch durch Zuwanderer und der doppelten Staatsbürgerschaft sowie der Forderung nach zügiger Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern erhielt der AfD-Wahlkampf eine populistische Note.³¹

Keine der Kampagnen war auf ein einzelnes landespolitisches Thema fokussiert, was daran lag, dass es in der Wählerwahrnehmung kein Thema von herausragender Bedeutung gab. War noch 2009 die Arbeitslosigkeit von fast zwei Dritteln der Befragten als wichtigstes Thema benannt worden, so waren sich 2014 die Vorwahlumfragen nicht einmal einig, was das wichtigste Thema war: Bei Infratest dimap lag die Bildungspolitik mit 25 Prozent und bei der Forschungsgruppe Wahlen die Arbeitslosigkeit – allerdings nur noch mit 29 Prozent – vorn.³²

3. Das Wahlergebnis

Das Ergebnis der thüringischen Landtagswahl entsprach teilweise durchaus dem, was anhand der Umfragen zu erwarten gewesen war, wartete aber auch mit einigen handfesten Überraschungen auf. Dass die Wahlbeteiligung mit nur noch 52,7 Prozent erneut deutlich geringer war als bei der Vorwahl (56,2 Prozent), lag im Trend nicht nur der ostdeutschen Landtagswahlen; offenbar werden Landtagswahlen von den Bürgern immer mehr als nachrangig wahrgenommen. Zudem lag der Wahltermin zwei Wochen nach dem Ende der Sommerferien nicht besonders günstig, und auch der kaum polarisierte Wahlkampf hat offenbar wenig zur Stimmabgabe motiviert.

Dass die FDP mit 2,5 Prozent (-5,1 Prozentpunkte) der Landesstimmen den Einzug in den Landtag verfehlte, war angesichts der Ausgangslage abzusehen. Dasselbe gilt für die NPD, die noch nie im Thüringer Landtag vertreten gewesen war und die auch dieses Mal wieder – mit 3,6 Prozent sogar noch etwas deutlicher als 2009 (4,3 Prozent) – scheiterte (vgl. Tabelle 1). Dass die Grünen mit ihrer Mischung aus einem Klientel-, Negativ- und Kernthemenwahlkampf die notwendigen Stimmen für den immerhin recht knappen Wiedereinzug in den Landtag erreichen konnten, war kaum überraschend. Auch war aufgrund der Umfragen zu erwarten gewesen, dass die CDU Zugewinne würde verbuchen können, und es ist im Grunde nur erklärungsbedürftig, dass diese mit 2,3 Prozentpunkten relativ bescheiden blieben.³³ Die Linke hat ihr gutes Ergebnis von 2009 mit 28,2 Prozent noch etwas übertreffen können (+0,8 Punkte), was nicht unbedingt vorhersehbar war. Die beiden großen Überraschungen dieser Wahl waren einerseits das schlechte Abschneiden der SPD, die mit 12,4 Prozent nicht nur um etwas mehr als sechs Prozentpunkte hinter dem

30 Vgl. ebenda, S. 5, S. 20.

31 Vgl. ebenda, S. 8.

32 Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 12), S. 26; Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl in Thüringen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. September 2014, Mannheim 2014, S. 23.

33 Eine Besonderheit des CDU-Ergebnisses war, dass die Partei ein Direktmandat mehr errungen hatte (34), als ihr nach den Landesstimmen zustand, so dass es zu zwei Ausgleichsmandaten, je eines für Die Linke und für die AfD, und damit erstmals seit 1990 zu einer Vergrößerung des Landtages kam (siehe §5 Abs. 6 des Thüringer Wahlgesetzes).

Tabelle 1: Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014

	Absolut			Prozent			Mandate		
	2014	2009	Diff.	2014	2009	Diff.	2014	2009	Diff.
Wahlberechtigte	1.812.370	1.910.074	-97.704						
Wähler	954.927	1.073.651	-118.724	52,7	56,2	-3,5			
Zweitstimme									
Ungültige Stimmen	13.208	19.354	-6.146	1,4	1,8	-0,4			
Gültige Stimmen	941.719	1.054.297	-112.578	98,6	98,2	+0,4			
CDU	315.104	329.302	-14.198	33,5	31,2	2,3	34	30	+4
Die Linke	265.428	288.915	-23.487	28,2	27,4	+0,8	28	27	+1
SPD	116.889	195.363	-78.474	12,4	18,5	-6,1	12	18	-6
Bündnis 90/Die Grünen	53.407	64.912	-11.505	5,7	6,2	-0,5	6	6	±0
AfD	99.545		+99.545	10,6		+10,6	11		+11
FDP	23.359	80.600	-57.241	2,5	7,6	-5,1	0	7	-7
NPD	34.049	45.451	-11.402	3,6	4,3	-0,7	0	0	±0
Sonstige	33.938	49.754	-15.816	3,6	4,7	-1,1			
Gesamt (Mandate)							91	88	

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik.

Ergebnis von 2009 lag, sondern auch hinter dem, was ihr in den Umfragen prognostiziert worden war, und andererseits das gute Abschneiden der AfD, die am Ende nur 1,8 Punkte oder ein Mandat hinter der SPD landete.³⁴ Letzteres kam zwar nach der Landtagswahl in Sachsen nicht mehr ganz unerwartet, wick aber dennoch deutlich von den Umfragen ab.

Am Ergebnis der CDU ist vor allem die absolute Zahl aufschlussreich, denn mit gut 315.000 Wählern (vgl. Tabelle 1) erhielt die CDU weniger Stimmen als je zuvor bei einer Landtags- oder Bundestagswahl in Thüringen. Bis zum Einbruch von 2009 hatte die Union bei Landtagswahlen immer *mehr* Stimmen als bei der jeweils vorherigen Bundestagswahl gewonnen, 2014 waren es aber über 160.000 Wähler *weniger* als bei der Bundestagswahl 2013. Bei der Landtagswahl hat sie zwar gegenüber 2009 weniger verloren als die anderen Parteien – die geringe Wahlbeteiligung schlug insofern für die anderen Parteien stärker als für die CDU zu Buche –, aber das Ergebnis von 2009 war eben für die Union besonders schwach gewesen und wurde in absoluten Zahlen 2014 sogar noch unterboten. Mit anderen Worten: Die 2009 aufgetretene Mobilisierungsschwäche auf Landesebene hat die Union nicht überwinden können.³⁵ Drei wesentliche ursächliche Faktoren lassen sich ausmachen: (1) der Verzicht auf einen polarisierten Wahlkampf gegen rot-rot, (2) die verringerte Bedeutung der CDU-Kernkompetenzen und (3) der Ansehensverlust der Spitzenkandidatin.

34 In den Monaten vor der Wahl lagen die Umfragewerte für die SPD stets zwischen 16 und 19 Prozent, die der AfD zwischen vier und acht Prozent, vgl. Wilko Zicht / Matthias Cantow, Umfragen Thüringen, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm> (Abruf am 20. September 2014).

35 Am stärksten wirkte sich die Mobilisierungsschwäche bei den jüngeren Wählern aus (vgl. Tabelle 4), bei denen die CDU gegenüber 2009 leichte Verluste erlitt.

(1) Anders als etwa 1999, als sich erstmals die Perspektive einer rot-roten Koalition abgezeichnet hatte, verzichtete die CDU 2014 auf einen scharf polarisierenden Wahlkampf, der zu einer größeren Mobilisierung hätte führen können.³⁶ Der strategische Grund lag darin, dass man das Ziel einer absoluten Mehrheit für unrealistisch hielt und daher nach der Wahl aller Wahrscheinlichkeit nach wieder auf die SPD angewiesen sein würde. Diese wollte man nicht durch den Wahlkampf ins gegnerische Lager treiben.³⁷

(2) Stattdessen setzte die CDU vornehmlich auf die positiven Wirtschaftsdaten und damit die Regierungsbilanz. Zwar wurde ihr von den Thüringern sogar in höherem Maße als 2009 die mit weitem Abstand höchste Kompetenz für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zugeschrieben, aber diese Themen hatten eben in der Wahrnehmung der Bevölkerung erheblich an Bedeutung verloren; etwas zugespitzt könnte man sagen, dass die Zufriedenheit mit der persönlichen und gesamten Wirtschaftslage mehr oder weniger für selbstverständlich genommen wurde.³⁸ Beim Thema Schulpolitik aber, das an Bedeutung gewonnen hatte, lag die Union hinter der SPD und nur geringfügig vor der Linken.

Tabelle 2: Parteikompetenzen (in Prozent)

	CDU	Die Linke	SPD	Grüne	FDP	NPD	AfD	keiner Partei
Wirtschaft	50 (+8)	12 (+6)	19 (-1)	1 (-1)	2 (-6)	1 (-1)	1	12 (-8)
Arbeitsplätze	44 (+10)	15 (+5)	21 (-1)	0 (-3)	2 (-2)	1 (-1)	1	14 (-11)
Verschuldung reduzieren	37 (+12)	15 (+9)	17 (+2)	1 (-1)	1 (-6)	1 (+0)	1	24 (-18)
Kriminalität bekämpfen	34 (-11)	13 (+6)	17 (+2)	1 (+0)	0 (-2)	4	2	25 (-3)
Gute Schulpolitik	26 (-2)	24 (-1)	29 (+6)	3 (-2)	1 (-2)	1 (+0)	2	11 (-3)
Gute Familienpolitik	23 (-2)	30 (+3)	28 (+3)	4 (-1)	1 (-1)	2 (+1)	2	7 (-7)
Gute Ausländerpolitik	22 (-3)	25 (+10)	21 (-3)	7 (-3)	1 (-1)	2 (-1)	3	16 (-4)
Soziale Gerechtigkeit	18 (+2)	34 (+4)	30 (+2)	2 (-2)	1 (-3)	1 (+0)	3	8 (-8)
Gute Umweltpolitik	15 (+1)	12 (+7)	11 (+2)	49 (-5)	0 (-1)	0 (-1)	1	9 (-7)
Probleme Thüringens lösen	34 (+0)	19 (+8)	19 (-2)	1 (-1)	1 (-3)	1 (+0)	1	20 (-6)

Quelle: Vorwählerhebung von ARD / Infratest dimap.

(3) Auch die Personalisierungsstrategie trug kaum zur Wählermobilisierung bei. *Christine Lieberknecht* war zwar bekannter als ihre beiden Konkurrenten, lag aber in der Gesamtbewertung hinter *Heike Taubert* und, was wohl noch wichtiger ist, bei der Frage, für wen sich die Wähler im Falle einer Direktwahl des Ministerpräsidenten entscheiden würden, nur sehr knapp vor *Bodo Ramelow* (vgl. Tabelle 3). Offensichtlich haben die Affären in der Staatskanzlei sich negativ auf die Popularität der CDU-Spitzenkandidatin ausgewirkt, so dass auch von der Person keine besonderen Mobilisierungseffekte ausgingen.

36 Vgl. *Karl Schmitt*, Die Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen vom 5. und 12. September 1999: Landespolitische Entscheidungen im Schlagschatten der Bundespolitik, in: ZParl, 31. Jg. (2000), S. 43 – 68, S. 54.

37 Dazu, dass das von der SPD anders wahrgenommen wurde, siehe unten Fn. 53.

38 Zwar führten 61 Prozent der Befragten in Thüringen die gute Wirtschaftslage auf die Politik der CDU zurück; das wirkte sich offenbar aber nur bedingt auf das Wahlverhalten aus, zumal der exakt gleiche Prozentsatz der Meinung war, dass es den wirtschaftlichen Erfolg Thüringens *nicht* gefährden werde, wenn Die Linke die Führung der Regierung übernehmen würde. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 32), S. 25.

Tabelle 3: Spitzenkandidaten					
	Bewertung*	Differenz	Bekanntheit**	Präferenz***	Differenz
Lieberknecht	1,2	+0,7	69%	44	-6
Ramelow	0,9	+0,7	58%	40	+5
Taubert	1,3	+0,4	35%	n.e.	n.e.
* Skala von +5 bis -5 (Vergleichswerte der Kandidaten Althaus, Ramelow und Matschie 2009).					
** Ungestützte Frage nach den Namen der drei Amtswärter auf das Amt des Ministerpräsidenten.					
*** Wenn Direktwahl, dann Ramelow oder Lieberknecht?					
Quelle: Vorwählerhebung Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap.					

Die Linke verlor zwar gegenüber der Landtagswahl von 2009 auch Wähler, aber anders als bei der CDU galt bereits dieses Ergebnis als großer Erfolg. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013, bei der die Wahlbeteiligung sehr viel höher gewesen war, hatte die Partei ebenfalls nur geringe Einbußen zu verzeichnen; insofern kann bei der Linken von einer Mobilisierungsschwäche kaum die Rede sein. Im Gegenteil: Die Wahlkampfstrategie, neben den bewährten Themen wie soziale Gerechtigkeit, für die der Partei nach wie vor die höchste Kompetenz zugesprochen wurde (vgl. Tabelle 2), vor allem auf den Spitzenkandidaten zu setzen, ist weitgehend aufgegangen.³⁹ Zwar lag die Bewertung von *Bodo Ramelow* noch immer hinter der der beiden Kandidatinnen, aber er hatte seinen Wert gegenüber 2009 deutlich verbessert; vor allem in der Frage, wer bei einer Direktwahl vorgezogen würde, konnte er die Lücke zu *Christine Lieberknecht* stark verkleinern.⁴⁰ Unabhängig vom direkten Vergleich der Kandidaten traute eine knappe Mehrheit der befragten Thüringer *Ramelow* das Amt des Ministerpräsidenten zu: 41 Prozent meinten, er wäre ein guter und 38 Prozent, er wäre kein guter Ministerpräsident.⁴¹ Es ist auch davon auszugehen, dass die positive Bewertung des Spitzenkandidaten sich auf die Kompetenzwerte der Partei ausgewirkt hat, die fast durchgehend verbessert waren (vgl. Tabelle 2). Außerdem konnte Die Linke die Wählerverluste an die AfD, die sie in erheblichem Maße hinnehmen musste, durch Zugewinne von der SPD weitgehend kompensieren.⁴²

Angesichts des Wahlergebnisses der SPD erübrigt es sich fast, zwischen den Prozentwerten und den absoluten Wählerzahlen zu differenzieren (-6,1 Prozentpunkte und -78.474 Wähler). Derartige Verluste sind nicht leicht zu erklären, zumal sich vor der Wahl mehr als Dreiviertel der befragten Thüringer für eine Beteiligung der SPD an der Regierung ausgesprochen und der Partei seit der Durchsetzung des Mindestlohns im Bund größere Glaub-

39 Das wird auch dadurch bestätigt, dass Die Linke in fast allen Wählerschichten ihr gutes Ergebnis von 2009 weitgehend halten konnte; lediglich bei den Erstwählern lag sie deutlich unter dem damaligen Resultat (vgl. Tabelle 4).

40 Wird nach einzelnen Elementen differenziert, so lag *Ramelow* in den Kategorien Sympathie und Führungsstärke fast gleichauf mit *Lieberknecht* (39 zu 41 beziehungsweise 39 zu 40), bei Glaubwürdigkeit, Vertrautheit mit den Problemen der Bürger und Einsatz für soziale Gerechtigkeit sogar vorn (38 zu 37, 38 zu 36 und 53 zu 26), lediglich bei der Frage nach dem wirtschaftspolitischen Sachverstand schätzten die Befragten *Ramelow* deutlich schlechter ein (26 zu 39); Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 12), S. 36. Parallel dazu hat sich der Anteil der Wähler, die angaben, Die Linke aufgrund des Spitzenkandidaten gewählt zu haben, um sechs Punkte erhöht (ebenda, S. 43).

41 Vgl. ebenda, S. 35.

42 Vgl. ebenda, S. 14.

würdigkeit zugebilligt hatten.⁴³ *Heike Taubert* erreichte Zufriedenheitswerte, die sogar ganz leicht über denen der Ministerpräsidentin lagen, was sich allerdings kaum positiv zugunsten der SPD auswirkte, weil es ihr nicht gelang, ihre Bekanntheit auf das Niveau der anderen beiden Spitzenkandidaten zu bringen (vgl. Tabelle 2). Insofern hat der personalisierte Wahlkampf wenig zur Mobilisierung der SPD-Anhänger beigetragen, was aber kaum das Ausmaß der Verluste erklärt.

Die SPD hat an alle Parteien außer der FDP im Saldo Wähler verloren, aber die mit großem Abstand meisten an Die Linke.⁴⁴ Das macht zwar nur ein knappes Drittel der Gesamtverluste der Sozialdemokraten aus, aber es deutet darauf hin, dass die Strategie, die Koalitionsfrage offen zu halten und daher weder die eigene Regierungsbilanz offensiv vertreten noch konsequent auf einen politischen Wechsel nach 24 Jahren CDU-geführter Regierung in Thüringen setzen zu können, gescheitert ist. Für diejenigen Wähler, die den Wechsel wollten, war die Entscheidung für Die Linke (oder zum geringeren Teil für die Grünen) der sicherere Weg, während die Unentschiedenheit der SPD in der Koalitionsfrage für viele ihrer Anhänger wenig mobilisierend wirkte. Dass sich vor der Wahl so viele Befragte für eine Regierungsbeteiligung der SPD aussprachen, wird auch damit zu tun haben, dass aufgrund der Position der Partei in der Mitte des thüringischen Parteiensystems eine solche Regierungsbeteiligung als so gut wie sicher erschien, was ganz offensichtlich im Hinblick auf die Stimmabgabe eher demotivierend gewirkt hat.

Ein weiterer Aspekt kommt für die Erklärung der SPD-Verluste hinzu. Die Partei hat über alle sozialen Schichten, Altersgruppen und Konfessionen relativ gleichmäßig verloren; Ausnahmen waren lediglich Arbeitslose und Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss, wo sie wenig oder gar nicht verloren hat. Nur in einer einzigen Personengruppe haben die Sozialdemokraten mit 16 Prozentpunkten weit überdurchschnittlich verloren: bei den Beamten! Das ist für eine Partei, die in der Landesregierung vier wichtige Ressorts führte, zudem in den Großstädten und einigen Landkreisen die führende Kommunalpartei ist, zumindest erklärungsbedürftig. In Thüringen gibt es ungefähr 35.000 Landes- und Kommunalbeamte⁴⁵; außerdem sind von den 19.500 Lehrern etwa 60 Prozent verbeamtet (circa 11.700)⁴⁶, die Lehrer machen also mehr als ein Drittel der Thüringer Beamtenschaft aus. Wenn man dann das Wahlkreisergebnis des Kultusministers *Christoph Matschie* in die Analyse einbezieht, der im Wahlkreis Jena I, den er 2009 noch relativ knapp gewonnen hatte, 11,2 Prozentpunkte bei den Wahlkreisstimmen verlor und auf den vierten Platz zurückfiel, dann spricht einiges dafür, dass die Äußerung von *Mike Mohring*, in thüringischen Lehrerräumen herrsche eine Stimmung wie zu Zeiten *Margot Honeckers*, vielleicht doch keine reine Wahlkampfpolemik war.⁴⁷ Mit anderen Worten, die Verunsicherung der Lehrer, die

43 Vgl. ebenda, S. 31. Allerdings stimmten auch über Zweidrittel der Aussage zu, es fehle der Partei an überzeugendem Regierungspersonal, was angesichts der Zustimmung zur Regierungsbeteiligung nicht sehr konsistent wirkt und am Sinn derartiger Fragen gewisse Zweifel weckt.

44 Vgl. ebenda, S. 14.

45 Diese machen die Kategorie der Beamten im Wesentlichen aus, da es nur wenige Bundesbeamte im Freistaat gibt, vgl. Thüringer Landesamt für Statistik, Statistischer Bericht. Personal des öffentlichen Dienstes in Thüringen am 30. Juni 2013, Erfurt 2014, S. 8.

46 Vgl. MDR, Matschie will Thüringer Lehrer wieder verbeamten, 12. Juli 2012, <http://www.mdr.de/lehrer144.html> (Abruf am 26. Januar 2015).

47 Vgl. auch die Reportage von *Claus Peter Müller*, Eine Stimmung wie zu Zeiten Margot Honeckers, in: FAZ vom 3. September 2014, S. 4. *Matschie* hat im Übrigen auf dem SPD-Landespar-

Tabelle 4: Wahlverhalten nach Alter, Bildungsniveau, Berufsgruppen sowie Konfession und Veränderung gegenüber 2009

	CDU		Die Linke		SPD		Grüne		AfD	FDP	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	%	Diff.
Alter											
18 bis 24 Jahre	23	-3	19	-3	10	-7	9	-1	14	2	-7
25 bis 34 Jahre	29	-2	20	±0	9	-7	9	±0	15	3	-7
35 bis 44 Jahre	34	+6	21	-4	9	-7	9	+1	13	3	-8
45 bis 59 Jahre	34	+5	28	-3	12	-6	6	+0	12	3	-6
60 Jahre und älter	36	-1	34	+5	15	-6	3	-1	7	2	-2
Bildung											
hoch	30	+3	30	+2	12	-7	9	-2	9	4	-6
mittel	35	+5	27	-1	11	-6	4	+1	12	2	-6
niedrig	36	-4	28	+3	17	-2	1	-2	10	1	-3
Tätigkeit											
Arbeiter	28	-3	27	-3	12	-4	3	±0	16	2	-5
Angestellte	35	+6	24	-1	11	-7	8	-2	11	3	-7
Beamte	48	+18	21	+2	6	-16	5	-9	12	2	-6
Selbständige	44	+2	15	±0	4	-6	9	+3	13	5	-13
Rentner	34	±0	36	+5	16	-7	3	±0	7	1	-3
Arbeitlose	13	-12	41	+7	13	+1	6	+2	10	3	-4
Konfession											
evangelisch	41	+2	20	±0	15	-4	7	+1	9	3	-4
katholisch	55	+0	13	+4	9	-4	6	±0	10	3	-4
keine/andere	26	+4	34	-1	12	-7	5	-1	12	3	-5
Quelle: Wahltagsbefragungen 2014 und 2009 von ARD / Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen.											

sich besonders im Hinblick auf die verstärkte Inklusion von Menschen mit Behinderung vom zuständigen Ministerium allein gelassen sahen, hat zum Wahlergebnis der SPD in der Gruppe der Beamten aller Wahrscheinlichkeit nach stark beigetragen. Dass die Kompetenzwerte der SPD bei der Bildungspolitik höher als die von CDU und Die Linke waren (vgl. Tabelle 2)⁴⁸, steht dieser Einschätzung nicht entgegen, denn die Zahlen geben die Wahrnehmung aller Befragten und nicht einer spezifischen Gruppe von Betroffenen wieder.

Kann man also den Misserfolg der SPD mit den strategischen Fehlentscheidungen der Wahlkampfführung – der Personalisierung und dem Offenhalten der Koalitionsfrage – sowie mit der Unzufriedenheit einer spezifischen Berufsgruppe, der Lehrer, einigermaßen erklären, fällt dies für den Erfolg der AfD sehr viel schwerer. Diese hat gegenüber der Bundestagswahl, bei der gut 76.000 Wähler für sie gestimmt hatten, auf 99.548 Wähler zugelegt (von 6,2 auf 10,6 Prozent) und war damit die einzige Partei, die ihr Ergebnis im

teitag im Oktober selbstkritisch eingeräumt, man habe „zu schnell und zu viel von den Lehrern verlangt“. Zitiert nach *Volkhard Paczulla*, Versuchter Anschluss an Gewerkschaften, in: *Ostthüringer Zeitung* vom 27. Oktober 2014.

48 Im Übrigen stimmen die Werte von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen hier nicht überein. Bei der Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 32), S. 26, liegt die SPD mit 19 Prozent hinter CDU (22) und Die Linke (24).

Vergleich zu den vorherigen Wahlen 2013 und 2014 verbessern konnte.⁴⁹ Die Daten hinsichtlich der Motive für die Wahl der AfD sind unsicher beziehungsweise widersprüchlich, denn auf der einen Seite gaben zwar 57 Prozent der von Infratest dimap am Wahltag befragten AfD-Wähler an, die Partei aus Enttäuschung über die anderen Parteien gewählt zu haben, während nur 37 Prozent sagten, sie hätten aus „Überzeugung“ AfD gewählt.⁵⁰ Auf der anderen Seite behaupteten in einer Befragung der Forschungsgruppe Wahlen 73 Prozent derjenigen, die die AfD wählen wollten, ihre Entscheidung aufgrund von Inhalten und nur 26 Prozent als Denkkettel für die anderen Parteien zu treffen.⁵¹ Daher kann kaum beurteilt werden, was nun zutrifft. Auch die sozialstrukturellen Variablen erklären wenig, da die AfD in fast allen Bevölkerungsgruppen ziemlich ähnlich abgeschnitten hat (vgl. Tabelle 4); lediglich von Jung- und Erstwählern ist die neue Partei etwas überdurchschnittlich häufig gewählt worden, was den etablierten Parteien, die allesamt in diesen Gruppen Verluste zu verzeichnen haben, zu denken geben muss.

Insofern gibt allein das Wählerstromkonto Aufschluss darüber, wo die AfD-Wähler herkommen. Mit 23.000 zur AfD gewechselten Wählern stellten die „Anderen“ die größte, in sich überaus heterogene Gruppe dar. Der größte einzelne Posten in dieser Gruppe sind die Freien Wähler, die 2009 von fast 41.000, 2014 aber nur noch von knapp 16.000 Thüringern gewählt wurden; aber auch die Republikaner, die NPD und die 2014 nicht mehr angetretene ÖDP hatten in kleinerem Umfang Verluste zu verzeichnen, die allerdings nicht alle der AfD zugutegekommen sein werden, da mit den Piraten, Der Partei und der KPD 2014 mehrere Parteien dabei waren, die 2009 noch nicht angetreten waren. Daneben hat die AfD von allen etablierten Parteien Wähler abgezogen, am wenigsten noch von den Grünen (1.000) und – bezogen auf die Gesamtzahl der Wähler dieser Partei – am relativ meisten von der FDP (11.000), in absoluten Zahlen am meisten von der CDU (18.000) und der Linken (16.000). Gerade aufgrund dieser ideologisch heterogenen Verteilung kann man davon ausgehen, dass es der AfD gelungen ist, wie ein Staubsauger die unzufriedenen Wähler der anderen Parteien aufzusaugen. Offenbar stellte die „Alternative“ in ihrem Parteinaramen eine ziemlich diffuse Projektionsfläche für diese verschiedenen Unzufriedenen dar.

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Das Ergebnis der Landtagswahl war sehr knapp und schloss eine Reihe von Koalitionsmodellen, die vor der Wahl diskutiert worden waren, schon rein rechnerisch aus.⁵² Bei insgesamt 91 Landtagsmandaten waren die rechnerisch *und* politisch einzig möglichen Bündnisse eine Neuauflage der schwarz-roten Koalition (46 Mandate) oder der politische Machtwechsel im Rahmen einer Drei-Parteien-Koalition aus der Linken, der SPD und den Grünen

49 Bei der Europawahl am 25. Mai 2014 hatte sie in Thüringen 68.011 Wähler beziehungsweise 7,4 Prozent erreicht, vgl. Thüringer Landeswahlleiter, http://www.wahlen.thueringen.de/wahlseite.asp?aktiv=ew01&startbei=europawahlen/EW_Wahlergebnisse.asp (Abruf am 25. Januar 2015).

50 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 12), S. 43. Allerdings war, was bereits wenig konsistent ist, der Anteil derer, die angaben, die Partei aufgrund von Sachfragen gewählt zu haben, bei keiner anderen Partei so hoch wie bei der AfD (81 Prozent).

51 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 32), S. 15.

52 Weder eine schwarz-grüne Koalition (40 Mandate) noch ein Bündnis von CDU und AfD (45 Mandate) hätte über eine Mehrheit verfügt.

(ebenfalls 46 Mandate); beide Optionen hätten also nur die denkbar knappste Mehrheit im Landtag besessen. Deshalb war die SPD – also der eindeutige Wahlverlierer – in der schwierigen Situation, über die zukünftige Regierungszusammensetzung entscheiden zu müssen.

In dieser Lage wick die neue SPD-Spitze – noch in der Wahlnacht hatte der Bundesvorsitzende *Sigmar Gabriel* einen personellen Neuanfang angemahnt und der Landesvorsitzende *Matschie* daraufhin am Montag nach der Wahl einen seiner Stellvertreter, den Erfurter Oberbürgermeister *Andreas Bausewein*, als künftigen Vorsitzenden vorgeschlagen – einer Entscheidung erst einmal aus. Der Landesvorstand beschloss unmittelbar nach der Wahl, Sondierungsgespräche mit beiden Seiten zu führen, also mit der CDU und parallel dazu mit der Linken und den Grünen⁵³, und nach Abschluss der Sondierungen die Parteimitglieder über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen entscheiden zu lassen. Man betonte, dass man offen in diese Gespräche hineinginge. Das war angesichts der früheren Zerrissenheit des Landesverbandes in dieser Frage einerseits durchaus plausibel, da es durchaus Befürworter einer Fortsetzung der schwarz-roten Koalition gab. Andererseits wurde die Designierung von *Bausewein*, der in den innerparteilichen Konflikten stets für einen linken Koalitionskurs eingetreten war und der in Erfurt gestützt auf eine rot-rot-grüne Koalition regierte, weithin als Signal für eine Vorentscheidung gewertet.

Im ersten Sondierungsgespräch zwischen CDU und SPD sah sich *Christine Lieberknecht* angesichts der Stimmungslage in der SPD, die eigene Niederlage dem Wahlkampfverhalten der CDU zuzuschreiben, gezwungen, sich im Namen ihrer Partei erst einmal für gewisse polemische Härten im Wahlkampf zu entschuldigen.⁵⁴ Ansonsten standen in diesen Gesprächen von Anfang an die landespolitischen Sachfragen im Vordergrund, wobei die CDU – wie schon 2009 – bereit war, erhebliche inhaltliche Zugeständnisse zu machen.

In den ersten beiden Gesprächsrunden der SPD mit Linken und Grünen musste dagegen erst einmal ein großes Hindernis für ein rot-rot-grünes Bündnis beiseite geräumt werden: die Herkunft der Partei Die Linke aus PDS beziehungsweise SED. Man einigte sich in den Verhandlungen auf eine Erklärung, in der die DDR nicht nur als „Diktatur“, sondern auch als „in der Konsequenz [von mangelnder demokratischer Legitimität und Rechtsstaatlichkeit] ein Unrechtsstaat“ bezeichnet wurde.⁵⁵ Dieses Papier war die Voraussetzung für die Aufnahme von inhaltlichen politischen Gesprächen und insofern unvermeidbar, aber auch der Auftakt zu einer neuen Unrechtsstaatsdebatte vor allem bei der Linken selbst, in deren Reihen der Begriff höchst umstritten war.⁵⁶ Insbesondere die Bündnisgrünen bestanden angesichts ihrer Entstehungsgeschichte aus der Bürgerbewegung darauf, dass diese Erklä-

53 Die Grünen hatten schon wenige Tage nach der Wahl entschieden, sich nicht an den Verhandlungen von CDU und SPD zu beteiligen, da sie in einer solchen Konstellation rechnerisch für die Mehrheitsbildung nicht benötigt würden und weil sie einen Wahlkampf für den politischen Wechsel in Thüringen gemacht hatten; jedoch lehnten sie diese Konstellation noch nicht endgültig ab, vgl. *Johannes Leithäuser*, Entschieden unentschieden, in: FAZ vom 16. September 2014, S. 10.

54 *Bausewein* sagte, es habe Verletzungen gegeben, „die noch weh tun“, zitiert nach: Lieberknecht wirbt um die SPD, in: Ostthüringer Zeitung vom 23. September 2014, S. 1.

55 Anlage 1 zum Protokoll des Sondierungsgesprächs zwischen Die Linke Thüringen, SPD Thüringen und Bündnis 90/Die Grünen Thüringen, 23. September 2014, „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte“.

56 Dies wurde auf mehreren Basiskonferenzen sehr deutlich, vgl. *Claus Peter Müller*, In der Konsequenz kompliziert, in: FAZ vom 29. September 2014, S. 4. Auch der Bundesvorsitzende der Partei, *Gregor Gysi*, kritisierte den Begriff des Unrechtsstaates, vgl. Thüringer Linke knickt nicht vor Gysi ein, in: Ostthüringer Zeitung vom 3. Oktober 2014.

rung später in die Präambel des Koalitionsvertrages aufgenommen würde. Erst nachdem diese Hürde genommen war, begannen Sondierungsgespräche über landespolitische Themen, in denen sich zeigte, dass die Positionen der beteiligten Parteien in den entscheidenden Fragen nicht sehr weit auseinander lagen und dass dort, wo es Gegensätze gab, Die Linke zu großen Zugeständnissen bereit war – wie zuvor schon auch die CDU.

Am 20. Oktober ließ *Bausewein* die sprichwörtliche Katze aus dem Sack und erklärte, dass der Landesvorstand einstimmig beschlossen habe, den SPD-Mitgliedern zu empfehlen, Koalitionsverhandlungen mit der Linken und den Grünen aufzunehmen.⁵⁷ Schon wenige Tage später beim Landesparteitag erwies sich, dass der Vorstand die Stimmung richtig eingeschätzt hatte. Mit einer nicht überwältigenden, aber klaren Mehrheit von 89,7 Prozent wurde *Bausewein* zum Landesvorsitzenden gewählt, selbst die gescheiterte Spitzenkandidatin *Taubert* wurde mit dem schlechtesten Ergebnis (133 von 205 Stimmen) als eine von vier stellvertretenden Vorsitzenden bestätigt. Die meisten Redner auf dem Parteitag unterstützten zwar den Kurs des Landesvorstandes, doch es gab auch Bedenken und Kritik an einer rot-rot-grünen Koalition, vornehmlich aus dem Kreis derjenigen, die einst die SDP als Herausforderung an den Machtanspruch der SED mitbegründet hatten.⁵⁸ Das letzte Wort sollten jedoch die Mitglieder haben, die die neue Führung nicht desavouierten, sondern mit knapp 70 Prozent für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Linken und den Grünen stimmten. Die starke innerparteiliche Legitimation sollte auch dazu dienen, alle zwölf Fraktionsmitglieder auf die gemeinsame Linie zu verpflichten, denn die knappe Mehrheit im Landtag erinnerte die Sozialdemokraten geradezu zwangsläufig an die Dramen um *Heide Simonis* und *Andrea Ypsilanti*, die bei den Versuchen, eine Dreiparteienkoalition beziehungsweise ein Bündnis mit der Linken zustande zu bringen, gescheitert waren.⁵⁹

Genau diese Aussicht verhinderte, dass in der CDU, in der es seit dem absehbaren Scheitern der Sondierungen mit der SPD zu Rumoren begonnen hatte, Konflikte offen ausgetragen wurden. Aus CDU-nahen Kreisen wurde in zunehmend emotionaler Weise der öffentliche Protest gegen die Wahl eines linken Ministerpräsidenten geschürt, was bei SED-Opferverbänden und Kritikern des Koalitionskurses in der SPD durchaus Resonanz fand.⁶⁰

Die Koalitionsparteien wurden durch den Druck von außen allerdings eher diszipliniert. Verglichen mit den Sondierungen wurden die Koalitionsverhandlungen recht schnell zu Ende gebracht. Bei zahlreichen Themen gab es von vornherein Einigkeit zwischen den drei Parteien, etwa hinsichtlich der Einstellung von 500 Lehrern pro Jahr, der Einführung eines beitragsfreien Kita-Jahres, das durch die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes finanziert werden sollte, und der besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen. Mit der Forderung, den Verfassungsschutz abzuschaffen, mit dem *Bodo Ramelow* über Jahre eine persönliche Fehde wegen seiner Überwachung ausgetragen hatte, konnte sich die Linke nicht

57 Vgl. *Martin Debes*, Reportage: So lief das Treffen des SPD-Vorstands in Erfurt ab, in: *Thüringer Allgemeine* vom 21. Oktober 2014.

58 Vgl. *Claus Peter Müller*, Vorwärts in die Ungewissheit, in: *FAZ* vom 27. Oktober 2014, S. 4.

59 Vgl. *Thomas Saretzki* / *Ralf Tils*, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 20. Februar 2005: Geheime Stimmverweigerung für Ministerpräsidentin Heide Simonis erzwingt Große Koalition, in: *ZParl*, 37. Jg. (2006), H. 1, S. 145 – 163; *Rüdiger Schmitt-Beck* / *Thorsten Faas*, Die hessische Landtagswahl vom 27. Januar 2008: Wiederkehr der „hessischen Verhältnisse“, in: *ZParl*, 40. Jg. (2009), H. 1, S. 16 – 34.

60 Vgl. „*Ramelow geh' heim*“. Tausende demonstrieren in Erfurt gegen Rot-Rot-Grün, in: *Thüringer Allgemeine* vom 11. November 2014.

durchsetzen, aber man einigte sich auf das Ziel, alle V-Leute – außer dort, wo es um Terrorismus ging – abzuschalten. Die Grünen nutzten ihre Vetoposition, um die Forderung nach erhöhten Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft durchzusetzen. Über allem stand das Bekenntnis zu einer nachhaltigen Finanzpolitik ohne Neuverschuldung, was angesichts zahlreicher ausgabenwirksamer Beschlüsse ein hohes Ziel war.⁶¹

Am Ende erwies sich noch die Verteilung der Ministerämter als schwierig, aber auch hier fand man zu einer Einigung, die freilich den Neuzuschnitt fast aller Ressorts nach sich zog.⁶² Die SPD erhielt trotz ihres mageren Wahlergebnisses mit dem Finanz-, dem Innen- und dem um die Zuständigkeit für die Wissenschaft und Forschung erweiterten Wirtschaftsministerium drei Schlüsselressorts⁶³ und die Grünen die ebenfalls neu zusammengesetzten Ministerien für Umwelt und Energie sowie für Justiz und Migration. So blieben schließlich für Die Linke, die als einzige der drei Koalitionspartner ihr Wahlergebnis verbessert hatte, neben dem Amt des Ministerpräsidenten und dem Chef der Staatskanzlei nur drei tendenziell ausgabenträchtige Ministerien (vgl. Tabelle 5), was für die Zukunft strukturell angelegte Konflikte mit dem SPD-geführten Finanzministerium erwarten lässt.

Aber um die Minister zu ernennen, musste am 5. Dezember erst einmal ein Ministerpräsident gewählt werden. Angesichts der engen Mehrheitsverhältnisse im Landtag entstand eine Kontroverse über die Verfassungsauslegung, ob in einem dritten Wahlgang die Nein-Stimmen überhaupt gezählt werden dürfen, wenn es keinen Gegenkandidat gebe.⁶⁴ Trotz des Ziels, die Wahl eines linken Ministerpräsidenten zu verhindern, wollte es die CDU nicht zu einem Verfahren vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof in dieser Frage kommen lassen. So wuchs der Druck auf die noch amtierende Ministerpräsidentin *Lieberknecht*, spätestens im Falle eines dritten Wahlgangs gegen *Ramelow* anzutreten. Doch sie entschied sich dagegen, und kurz vor der Landtagssitzung kündigte die CDU an, im Falle eines dritten Wahlgangs einen überparteilichen, also auch für eventuelle Abweichler bei SPD und Grünen akzeptablen Kandidaten, den ehemaligen Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena *Klaus Dicke*, zur Wahl vorzuschlagen; die AfD hatte signalisiert, dass er mit ihren Stimmen rechnen könne.

61 Vgl. Thüringen gemeinsam voranbringen: demokratisch, sozial, ökologisch. Koalitionsvertrag zwischen den Parteien Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags, Endfassung vom 20. November 2014. Dem Koalitionsvertrag stimmten Ende November beziehungsweise Anfang Dezember 94 Prozent der Mitglieder der Linken und 84 Prozent der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen (bei einer Beteiligung von nur 65 Prozent) ebenso zu wie 95 Prozent der Delegierten eines SPD-Landesparteitag.

62 Vgl. *Martin Debes*, Posten, Macht und Eitelkeiten. Der Umbau der Thüringer Ministerien, in: *Ostthüringer Zeitung* vom 28. Januar 2014, S. 3.

63 Mit der überraschenden Nominierung von *Wolfgang Tiefensee* wurde der frühere Kultusminister *Christoph Matschie*, der als Mitglied der SPD-Delegation bei den Koalitionsverhandlungen noch glauben durfte, über den Zuschnitt seines zukünftigen Ministeriums zu verhandeln, zum Verlierer der Regierungsbildung.

64 Es wurden zu der Frage zwei Gutachten in Auftrag gegeben, eines vom amtierenden Justizminister *Poppenhäfer* (SPD) und eines vom neu gewählten Landtagspräsidenten *Christian Carius* (CDU), die zu völlig gegensätzlichen Ergebnissen gelangten: *Martin Morlok*, Die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen der Wahl des Ministerpräsidenten im dritten Wahlgang nach Art. 70 Abs. 3 S. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen, Gutachterliche Stellungnahme im Auftrag des Thüringer Justizministeriums, 24. November 2014; *Wolfgang Zeh*, Anforderungen der Verfassung des Freistaats Thüringen an die Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag. Gutachtliche Stellungnahme im Auftrag des Präsidenten des Landtags, o.D.

Tabelle 5: Das thüringische Kabinett nach der Landtagswahl 2014

Thüringer Ministerpräsident	<i>Bodo Ramelow</i> (Die Linke)
Chef der Staatskanzlei und Thüringer Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten	Prof. Dr. <i>Benjamin-Immanuel Hoff</i> (Die Linke)
Thüringer Finanzministerin und Stellvertretende Ministerpräsidentin	<i>Heike Taubert</i> (SPD)
Thüringer Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz	<i>Anja Siegesmund</i> (Bündnis 90/Die Grünen)
Thüringer Minister für Inneres und Kommunales	Dr. <i>Holger Poppenhäger</i> (SPD)
Thüringer Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz	<i>Dieter Lauinger</i> (Bündnis 90/Die Grünen)
Thüringer Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft	<i>Wolfgang Tiefensee</i> (SPD)
Thüringer Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft	<i>Birgit Keller</i> (Die Linke)
Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	<i>Heike Werner</i> (Die Linke)
Thüringer Ministerin für Bildung, Jugend und Sport	Dr. <i>Birgit Klaubert</i> (Die Linke)
Quelle: Freistaat Thüringen, Die Thüringer Landesregierung, www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/ (Abruf am 12. Februar 2015).	

Selten stand eine Ministerpräsidentenwahl in Deutschland so sehr im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Angesichts der Spannung und des enormen Interesses verlief der Wahlakt geradezu unspektakulär: Nachdem ihm im ersten Wahlgang eine Stimme gefehlt hatte, erhielt *Bodo Ramelow* im zweiten mit 46 Stimmen, also genau der Zahl, über die die drei Koalitionsfraktionen verfügen, die absolute Mehrheit. Damit war zum ersten Mal in einem deutschen Bundesland ein Ministerpräsident gewählt worden, der der Partei Die Linke angehört und der eine Koalition mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen anführt.

Mit der Wahl *Ramelows* klärten sich auch in der CDU die Fronten, denn nun war klar, dass nach dem Rückzug von *Christine Lieberknecht* am Fraktionsvorsitzenden *Mike Mohring*, der fünf Jahre zuvor noch hinter ihrem Führungsanspruch hatte zurückstehen müssen, kein Weg vorbeiführen würde. Am 13. Dezember wurde *Mohring* auf einem Landesparteitag mit fast 90 Prozent der Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt und vereint damit beide Spitzenpositionen auf sich. *Mohring* war kurz zuvor auf dem CDU-Bundesparteitag bei der Vorstandswahl durchgefallen, was weithin als Abstrafung für seine informellen Kontakte zur AfD interpretiert wurde. Mit dem Scheitern der Strategie, *Ramelows* Wahl unbedingt zu verhindern, hat sich das Thema einer Kooperation von CDU und AfD erst einmal erledigt; eine „Koalition in der Opposition“ gibt es im Thüringer Landtag derzeit nicht.

5. Zusammenfassung

- (1) Die Große Koalition hatte in Thüringen durchaus erfolgreich gearbeitet, aber zahlreiche interne, häufig von der CDU-Fraktion ausgehende Konflikte und einige „Skandale“ beeinträchtigten trotz der positiven Einschätzung der Wirtschaftslage durch die Wähler das Ansehen der Koalitionsparteien.

- (2) Die SPD akzeptierte kurz nach der Bundestagswahl 2013 ihre Position als drittstärkste Kraft in Thüringen und erklärte, ohne darin eine Vorentscheidung sehen zu wollen, ihre Bereitschaft nach der Landtagswahl unter Umständen in eine von der Linken geführte Koalition einzutreten.
- (3) Der Wahlkampf war trotz der Perspektive eines möglichen Machtwechsels wenig polarisiert, was zur geringen Wahlbeteiligung beitrug. Alle drei großen Parteien verfolgten eine Personalisierungsstrategie, die mit Kernkompetenzen verbunden wurde.
- (4) Der große Verlierer der Landtagswahl war die SPD, die ein Drittel ihrer Mandate verlor. Gründe waren erstens ihre unklare Haltung in der Koalitionsfrage, die den Wählern keine klare Wechselperspektive aufwies, einen Bilanzwahlkampf aber auch nicht glaubwürdig erscheinen ließ; zweitens die mangelnde Bekanntheit und wenig überzeugende Kampagne der Spitzenkandidatin und drittens die Unzufriedenheit der Lehrer mit der von der SPD verantworteten Bildungspolitik.
- (5) Die Linke konnte Verluste an die AfD durch Zugewinne von der SPD kompensieren; viele der Wähler, die einen politischen Wechsel wollten, zogen offensichtlich die klare Position vor. Die Strategie, alles auf die Person *Ramelow* und den Wahlsieg zu setzen, war insofern erfolgreich.
- (6) Die CDU hat aus verschiedenen Gründen (wenig polarisierter Wahlkampf, Ansehensverluste der Ministerpräsidentin *Liebertknecht*, Bedeutungsverlust der Themen, in denen sie über hohe Kompetenzwerte verfügt) sehr knapp ihr Ziel verfehlt, soweit an Wählerstimmen zuzulegen, dass keine Mehrheit gegen sie gebildet werden konnte.
- (7) War das Scheitern der FDP bei Landtagswahl aufgrund des Bundestrends zu erwarten gewesen, so stellte das starke Ergebnis der AfD eine Überraschung dar. Die Partei, die mit einem landespolitischen Programm und einigen populistischen Themen Wahlkampf gemacht hatte, konnte von allen anderen Parteien, besonders aber von Freien Wählern, der CDU, der Linken und der FDP Wähler gewinnen. Die Grünen konnten sich knapp im Landtag behaupten.
- (8) Das Wahlergebnis produzierte extrem knappe Mehrheitsverhältnisse im Landtag, die dazu führten, dass sich die SPD in einer Schlüsselposition befand und zwischen der Fortsetzung der Koalition mit der CDU oder einem Bündnis mit Linken und Grünen entscheiden musste. Die neue SPD-Führung unter *Andreas Bausewein* spielte erst auf Zeit, empfahl aber nach einer Sondierungsphase ihren Mitgliedern, Koalitionsverhandlungen mit Linken und Grünen aufzunehmen. Ein Mitgliedervotum folgte dieser Empfehlung mit klarer Mehrheit.
- (9) Die Koalitionsverhandlungen der drei Parteien wurden überhaupt erst dadurch ermöglicht, dass sie sich auf ein Papier einigten, in dem die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet wurde. Damit wurde allerdings auch eine öffentliche Debatte über die Wahl eines linken Ministerpräsidenten entfacht, die von der CDU noch zusätzlich geschürt wurde. Der Koalitionsvertrag ist durch den Widerspruch zwischen zahlreichen ausgabenintensiven Vorhaben einerseits und dem Bekenntnis zu einer nachhaltigen Finanzpolitik ohne neue Schulden andererseits geprägt.
- (10) Trotz vieler Spekulationen vor der Wahl über mögliche Dissidenten hielt die neue Koalitionsmehrheit und brachte den ersten linken Ministerpräsidenten in Deutschland ins Amt.